

(A)

(C)

Vizepräsident Eduard Oswald:

(B)

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 sowie Zusatzpunkt 6 auf:

27 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014–2020 – Ein strategischer Rahmen für nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik mit europäischem Mehrwert

- zu dem Antrag der Fraktion der SPD

Für einen progressiven europäischen Haushalt – Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014–2020

- Drucksachen 17/7767, 17/7808, 17/8013 –

Vizepräsident Eduard Oswald

- (A) Berichterstattung:
Abgeordnete Bettina Kudla
Peer Steinbrück
Joachim Spatz
Dr. Diether Dehm
Dr. Frithjof Schmidt
- ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Lisa Paus, Viola von Cramon-Taubadel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Ein starker Haushalt für ein ökologisches und solidarisches Europa – Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014–2020**
- Drucksache 17/7952 –
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Auswärtiger Ausschuss
Innenausschuss
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- (B) Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

Die **Reden** werden, wie in der Tagesordnung ausgewiesen, **zu Protokoll** genommen. Die Namen der Kolleginnen und Kollegen liegen hier bei uns vor.

Bettina Kudla (CDU/CSU):

Wir beraten heute in zweiter Lesung den Antrag der CDU/CSU und FDP zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014 bis 2020. Ebenso beraten wir einen Antrag der SPD zum gleichlautenden Thema. Die Beratungen sind geprägt von der aktuell schwierigen Situation der Refinanzierung von Staaten. Die Krise hat zwei Ursachen: zu hohe Staatsverschuldung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Daher muss die Prioritätensetzung des Mittelfristigen Finanzrahmens besonders auf dem Gebiet der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten liegen. Dies ist natürlich leichter gesagt als getan.

Aber eines ist unstrittig: Investitionen und nicht konsumtive Ausgaben müssen der Schwerpunkt des Finanzrahmens sein – und zwar nachhaltige Investitionen. Eine Investition ist ja immer langfristig angelegt. Dass innerhalb der Mittelfristigen Finanzrahmens die Schwerpunkte besonders in den südeuropäischen Ländern in der Vergangenheit nicht immer richtig gesetzt wurden, haben Abgeordnete anderer europäischer Parlamente selbst bestätigt. Folglich gilt es, sowohl Planung als

auch die Konditionen der Gewährung von Mitteln zu verbessern. Im Fokus sollte dabei stehen, eine gute Infrastruktur zu schaffen, die private Investoren anlockt und die damit private Investitionen nach sich zieht. (C)

Alles dies sollte immer vor dem Oberziel geschehen, dass die Ausgaben der Europäischen Union einen europäischen Mehrwert haben müssen. Die Schaffung dieses Mehrwertes ist Aufgabe des Haushaltes der Europäischen Union und damit des Mittelfristigen Finanzrahmens. Im Mittelfristigen Finanzrahmen liegen daher auch immer enorme Chancen für das weitere Zusammenwachsen und die bessere Verzahnung der Staaten Europas. Energie, Telekommunikation und Verkehr sind hier die Schwerpunkte. Gerade die Mobilität der Menschen erlangt immer größere Bedeutung.

Die Bereitstellung von Fördermitteln ist allerdings nur einer von mehreren Aspekten bei einer Investition. Private Investitionsentscheidungen hängen auch von vielen anderen Faktoren ab, wie zum Beispiel von verlässlichen Rahmenbedingungen im fiskalen und im ordnungspolitischen Bereich, von der Qualität der verfügbaren Arbeitskräfte und der Risikobereitschaft von Unternehmern. Folglich muss vor allem auch in die Köpfe – in die Aus- und Weiterbildung der Menschen – investiert werden. Die EU-2020-Strategie sieht dies vor, mit dem Ziel, die Zahl der Schulabbrecher zu verringern und die Zahl der Hochschulabgänger zu erhöhen.

Allerdings gilt auch die EU-2020-Strategie vor dem Hintergrund der Subsidiarität. Das heißt, alles, was auf nationaler Ebene geregelt und erledigt werden kann, ist auch dort umzusetzen. Jede öffentliche Investition benötigt auch einen Kofinanzierungsanteil. Bisher waren das in der Regel 25 Prozent, auch hier sollte weiter Kontinuität herrschen. Eine zu starke Veränderung der Kofinanzierungsanteile belastet die öffentlichen Haushalte unnötig, da diese ihre Investition gegebenenfalls nicht weiter erhöhen können. Auch sollten keine Brüche in der Förderung von Regionen entstehen, die sich in den letzten Jahren gut entwickelt haben. Eine Region, die 75 Prozent des durchschnittlichen Brutto sozialproduktes überschreitet, sollte in ihrer Entwicklung nicht weiter zurückfallen. Die Sicherheitsnetze für die Übergangsregionen und auch für die jetzigen Phasing-out-Regionen sind daher von besonderer Bedeutung. (D)

Wie wichtig ein vernünftig gestalteter Agrarsektor, eine Kappung der Strukturfördermittel auf 2,5 Prozent des BIP, eine Schaffung von neuen Investitionsanreizen sind, damit nicht zu hohe nicht ausgeschöpfte Mittel entstehen, und gegebenenfalls eine Neugestaltung des Beamtenstatus. All dies sind wichtige Themen, die wir in unserem Antrag inhaltlich ausgeführt haben, und die gilt es in den kommenden Monaten insbesondere im Europausschuss intensiv weiter zu beraten und zu gestalten.

Lassen Sie mich aber noch einen weiteren Punkt besonders betonen: In unserem Antrag lehnen wir ein eigenes Erhebungsrecht von Steuern seitens der Europäischen Union ab. Entsprechende Vorschläge der Kommission sind zurückzuweisen. Keinesfalls dürfen wir den unschätzbaren Wert, dass der EU-Haushalt, der als einer der wenigen öffentlichen Haushalte der Welt, nicht

Bettina Kudla

(A) *verschuldet ist, so einfach aufgeben. Auch dürfen keine Finanzinstrumente und Fondskonstruktionen eingeführt werden, die zu einer Verschuldung des europäischen Haushaltes führen. Deswegen lehnen wir auch in unserem Antrag die Einführung von Euro-Bonds nochmals strikt ab.*

Es verwundert schon sehr, wie leichtfertig die Opposition hier unserer deutschen Bevölkerung zumuten will, für Schulden anderer Länder zu haften. Eine solche Politik wäre völlig verantwortungslos. Sie würde Deutschland unter Umständen in den Abgrund führen. Sie würde Deutschland in eine Situation bringen der übermäßigen Verschuldung – aus einer Situation, aus der sich auch ein wirtschaftlich starker Staat nicht mehr befreien könnte. Unserer eigener Wohlstand und auch damit unserer Sozialsysteme wären gefährdet. Europa würde nicht weiter zusammenwachsen, sondern eher auseinanderdriften, da man unserer Bevölkerung das Projekt Europa dann auch nicht mehr vermitteln könnte, da es zu erheblichen Ungerechtigkeiten führen würde.

Deutschland hat selbst ein Schuldenstand von rund 80 Prozent des Bruttonationalproduktes. Wir können nicht noch für Schulden anderer Länder aufkommen. Wir können daher auch nicht unsere Nettozahlerposition verschlechtern. Es ist geradezu eine Hybris, wie die SPD in ihrem Antrag mit dem Steuergeld unserer Bürger umgeht, indem sie sagt, dass wir quasi Milliarden mehr zahlen sollen. Die Zukunft Europas liegt darin, dass wir die Menschen mitnehmen. Die Menschen sind bereit, in der Krise solidarisch zusammenzustehen und sich als Europäer zu verstehen. Diesen Vertrauensvorschuss dürfen wir nicht mit Euro-Bonds, mit nicht abzuschätzenden Risiken oder Blankoschecks verspielen.

Alois Karl (CDU/CSU):

Wenn wir uns heute auf Antrag der Koalitionsfraktionen, auf Antrag der CDU/CSU und der FDP, mit dem finanziellen Geschehen der Haushaltspolitik in der Europäischen Union befassen, dann sprechen wir ein Thema an, das auch außerordentlich gut in die innenpolitische Situation Deutschlands passt. Auch wir haben vor wenigen Tagen den Bundeshaushalt 2012 verabschiedet. Auch wir wollen innerstaatlich bei uns in Deutschland, sozusagen als Hausaufgabe, nachhaltig haushalten und verantwortungsvoll unsere Haushaltspolitik umsetzen, um die Grundpfeiler der Stabilität in Deutschland wieder zu gewährleisten.

Diese von uns und für uns vorgegebenen Rahmenrichtlinien müssen auch für andere gelten. Wir wissen, dass ausschließlich stabilitätsorientierte Haushaltspolitik und stabilitätsorientiertes Wirtschaften die Schlüssel für die Zukunft sind. Die jetzige Finanzkrise in Europa hängt ja größtenteils damit zusammen. Es sind in den letzten Jahren außerordentlich viele Fehler gemacht worden. Deutschland hat nicht das Recht, mit Fingern auf andere zu zeigen.

Gerade in der Zeit der rot-grünen Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, unter dem Vizekanzler Fischer und unter dem sozialdemokratischen Finanzminister Hans Eichel hat Deutschland in

den Jahren 2002 und 2003 die nachhaltig stabilitätsorientierte Haushaltspolitik verlassen. Die Maastricht-Kriterien wurden geradezu außer Kraft gesetzt, die Verschuldungsbergrenzen wurden mit einer Lockerheit und Leichtigkeit verletzt, dass einem heute noch schwindelig werden könnte. (C)

Die europäische Haushaltspolitik muss sich nach den heutigen deutschen und auch den stabilitätsorientierten Haushaltspolitiken anderer Länder richten. Die Zeit, dass nur gefordert wird, und die Zeit, dass alle europäischen Töpfe im Gießkannenprinzip verteilt werden, muss vorbei sein.

Wenn für den mittelfristigen Zeitraum von 2014 bis 2020, also für den Finanzrahmen dieser sieben Jahre, die EU-Kommission vorschlägt, die Mitgliedstaaten sollten ihr mehr als 1 Billion Euro zur Verfügung stellen – das heißt genau 1 025 Milliarden Euro – und zusätzlich weitere 58 Milliarden Euro außerhalb des Haushaltes, so geht das unserer Meinung nach entschieden zu weit. Der Vorschlag der CDU/CSU im jetzigen Antrag, die Ausgaben auf höchstens 1 Prozent der kumulierten Bruttonationaleinkommen zu begrenzen, trifft in der Tat auch die Intention unserer Bundesregierung. Immerhin wird damit ein Geldvolumen von 971 Milliarden Euro ins Werk gesetzt. Das alles muss erst in den einzelnen Mitgliedschaften erwirtschaftet werden, um nach Brüssel abgeführt werden zu können. Wir sprechen hier nicht über „Peanuts“.

Gewiss hat Deutschland große Vorteile als stärkstes Mitgliedsland der EU über den Handel, über unsere Außenwirtschaft, über unsere Exporte. Dennoch sind wir unbestritten der größte Nettozahler mit Einzahlungen von 22 Milliarden Euro im Jahr. Gerechterweise wird man hinzufügen müssen, dass natürlich auch wieder Rückflüsse nach Deutschland stattfinden. Unbestritten ist aber auch, dass ein Nettobetrag von mehr als 8 Milliarden Euro pro Jahr zur Zahlung verbleibt. Meiner Meinung nach muss es damit auch sein Bewenden haben. Wir machen das in unseren nationalen Haushalten ja vor: Wirtschaftswachstum, Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze, nachhaltiges solides Wirtschaften, mehr als Einhalten der Schuldenbremse. (D)

Alles ist durchaus gleichzeitig möglich, wenn nur eine konsequente Politik betrieben wird. Dies muss auch für Europa gelten. Aus diesem Grunde schließen sich auch Nebenhaushalte, quasi außerhalb des EU-Haushaltes, aus. Uns ist in der Tat an einer lückenlosen Offenlegung der EU-Ausgaben gelegen; eine Kontrolle all der Ausgaben ist für uns unabdingbar. In diesen Zusammenhang passt natürlich, dass der Europäische Rechnungshof in seinem Jahresgutachten über den EU-Haushalt 2010 festgestellt hat, dass „Zahlungen in wesentlichem Ausmaß mit Fehlern behaftet waren“. Es geht uns mit diesem Antrag natürlich auch darum, dass die so festgestellten Fehler abgestellt werden, und nicht bloß für das Jahr 2010 betrachtet, sondern nachhaltig und dauerhaft. Allein damit hat die EU es selbst in der Hand, eigene finanzielle Ressourcen zu generieren, die ihr augenblicklich offensichtlich zwischen den Fingern zerrinnen.

Alois Karl

(A) Für mich ist unerheblich, ob die Fehlerquellen im EU-Räderwerk, in Brüssel selbst, ihre Ursache haben oder nach Zuteilung auf die europäischen Länder. Der Bericht des Europäischen Rechnungshofes ist geradezu erschreckend. Gerade bei Ländern, die offensichtlich sehr leichtfertig mit europäischem Geld umgehen, ist es unabdingbar notwendig, mit ganz besonderer Akribie „hinzuschauen“.

Größtes Augenmerk muss dabei auf den EU-Ausgabenbereich „Kohäsion, Energie und Verkehr“ gelegt werden. Man muss sich die Zahlen ja geradezu zweimal anschauen. Beim ersten Lesen meint man, man sei einem Schreib- oder Lesefehler unterfallen, wenn der Rechnungshof angibt, dass von 243 geprüften Zahlungen im genannten Bereich geradezu die Hälfte fehlerhaft ist, nämlich 49 Prozent. Diese unglaublich anmutende Fehlerquote ist nicht singulär. Schon im Jahr 2009 gab es ähnliche Beanstandungen.

Jetzt, im Jahr 2010, wird mit einer Gesamtfehlerquote von circa 7,7 Prozent gerechnet. Aus diesem Grunde ist es geradezu ein Gebot des Augenblicks, dass insbesondere für Spanien und Italien, also jenen Staaten, die sich am meisten in unverantwortlicher Weise aus diesen Haushaltstiteln bedienen, ein Zahlungstopp verordnet wird. Nach den mir vorliegenden Zahlen schuldet Spanien der EU allein im Kohäsionsbereich 2,9 Milliarden Euro, Italien 930 Millionen Euro. Alleine an diesen Zahlen ist erkennbar, dass die EU mit einem auf 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens begrenzten Haushalt – immer noch eine gigantische Summe von fast 1 Billion Euro – durchaus auskommen kann, insbesondere dann, wenn man die eigenen Missstände abbaut.

(B) Die eigenen Versäumnisse aufrechtzuerhalten, um in das „Fass ohne Boden“ die nationalen Gelder einfließen zu lassen, das wäre fürwahr die banalste Art. Mit „Wirtschaften“ im wahrsten Sinne des Wortes hat das nichts mehr zu tun. Wirtschaften bedeutet, mit knappen Gütern sinnvoll umzugehen. Sinnvoller Umgang scheint mir nicht gegeben zu sein.

Die Sache ist für EU-Behörden deshalb einfach, weil sie mit fremdem Geld, nämlich den Beiträgen aus den EU-Ländern, in einer nicht zu rechtfertigenden Großzügigkeit umgehen. Auch bei EU-Agenturen müssen wir zu echter Erfolgskontrolle kommen. All diese 43 Agenturen müssen einer unmittelbaren politischen Kontrolle unterstellt werden.

Auch mit einem anderen Unfug muss aufgehört werden: Geradezu jedes EU-Mitgliedsland, das für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, hat sich scheinbar mit der Einrichtung einer „eigenen neuen Agentur“ bedient, eines zusätzlichen Wasserkopfes, der wie zum Beispiel die Agentur für Grundrechte in Wien von den EU-Mitgliedstaaten dauerhaft bezahlt werden muss.

Wegen der Kürze der Redezeit kann nicht auf jeden Punkt eingegangen werden. Demnach unterstütze ich ausdrücklich, dass der Anteil der Agrarpolitik am Gesamthaushalt deutlich verringert wird. Der Haushaltsvorschlag des Bundesministeriums für Ernährung mit

391 Milliarden Euro für den 7-Jahres-Zeitraum scheint völlig ausreichend. Der Ansatz der EU-Kommission mit 397 Milliarden Euro ist überzogen, insbesondere deshalb, weil schon wieder 15 Milliarden Euro außerhalb des Agrarhaushaltes, „im Schatten“ des Haushaltes sozusagen, mit eingefordert werden. (C)

Selbstverständlich begrüßen wir auch eine Novellierung des Beamtenstatuts in der EU. Dennoch möchte ich zur Ehrenrettung auch der Beamten sagen, dass wir natürlich auf eine funktionierende, geordnete und rechts-treue Verwaltung angewiesen sind. Was eine geordnete Verwaltung an Nutzen bringt, das sehen wir an Griechenland, dort, wo eine ordentliche Verwaltung eben fehlt.

Der Vorschlag der EU-Kommission, dass das Personal im 7-Jahres-Zeitraum um 5 Prozent abgebaut wird, wird von uns genauso unterstützt wie die Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit von 37,5 Stunden auf 40 Stunden. Auch im Bereich der Gleitzeit muss gerade für Leitungspersonal ein korrekter Weg gefunden werden. Auch die Reduzierung der Sonderurlaubstage ist keineswegs Schikane. Auch die Renteneintrittsdaten müssen im europäischen Kontext angepasst werden. Da gibt es sicherlich keine Frage. Ich rege dennoch an, dass die Betroffenen nicht von heute auf morgen mit den Neuerungen und Erschwernissen konfrontiert werden. Wie in Deutschland auch müssen durch korrekte Übergangsfristen soziale Härten abgemildert werden.

Aus all dem Vorgebrachten ist es durchaus richtig, den strategischen Rahmen für nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik in dem Sinne zu ziehen, wie das in unserem Ausschuss erarbeitet worden ist. Ich empfehle, den Beschluss anzunehmen, so wie er von den Koalitionsfraktionen hier vorgelegt wird. (D)

Peer Steinbrück (SPD):

Die Europäische Union befindet sich in erheblichen Turbulenzen. Seit gut zwei Jahren werden die Tagesordnungen der europäischen Ratssitzungen und auch dieses Parlamentes immer wieder von der Staatsschuldenkrise der Euro-Zone bestimmt. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union sind von der Finanz- und Wirtschaftskrise stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Mitgliedstaaten stehen unter erheblichem Konsolidierungsdruck.

Von diesen Umständen sind auch die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union ab 2014 betroffen. Dabei ist vollkommen klar, dass trotz der Bedeutung der Krise der Staatshaushalte in Europa die Aufstellung eines tragfähigen und auf die Bewältigung der zentralen europäischen Herausforderungen ausgerichteten EU-Haushaltes eine der wichtigsten Aufgaben ist, die die Europäische Union in den kommenden Monaten zu bewältigen hat. Im Kern geht es um nicht weniger als den finanziellen Rahmen für die Neuaufstellung Europas nach der Krise und die Sicherung des Voranschreitens des europäischen Integrationsprozesses.

Peer Steinbrück

(A) *Die Debatte über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen und den EU-Haushalt müssen wir daher mit Blick auf die politischen Prioritäten und weniger mit einem auf Nettozahlungsströme führen. Gerade in der Situation, in der sich der Prozess der europäischen Integration befindet, ist das entscheidend.*

Wichtig sind Antworten auf die Fragen, was wir mit dem Budget finanzieren wollen, wo Europa hin will und was es leisten soll, wie es sich gegenüber anderen aufstrebenden Mächten in Asien und Südamerika aufstellt und welches die europäischen Vorhaben sind, die einen Binnenmarkt mit 500 Millionen Menschen für die Zukunft sichern, Innovationen bereitstellen und Wohlstand generieren können?

Bei der Beantwortung müssen wir bereit sein, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, ohne dabei außer Acht zu lassen, dass Investitionen in einen Haushalt auch Wirkung erzielen müssen. Wir müssen über den nationalen Tellerrand das große Ganze, das europäische Projekt, im Blick haben. Die Aufstellung einer finanziellen Grundlage Europas unabhängig von gemeinsamen politischen Zielen muss Stückwerk bleiben.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen der öffentlichen Haushalte weniger Mittel für den EU-Haushalt bereitstellen zu wollen, ist nachvollziehbar. Wir müssen nur aufpassen, dass wir nicht über das Ziel hinausschießen. Bei allen Konsolidierungsanstrengungen muss der neue Haushalt auch den neuen Aufgaben der EU nach dem Vertrag von Lissabon gerecht werden. Wir müssen den Aufgabenbereich Außenpolitik – mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst – und den Innen- und Justizbereich angemessen ausstatten. Wir haben es mit erheblichen Herausforderungen im Bereich des Klimawandels und der Umweltpolitik zu tun, mit der Notwendigkeit in europäische Infrastruktur zu investieren. Wir müssen außerdem verhindern, dass die EU-2020-Strategie scheitert und eine kohärente Wirtschaftspolitik, die zur Erholung angeschlagener Volkswirtschaften notwendig ist, möglich wird. Dies würde im originären Sinne einen europäischen Mehrwert des Finanzrahmens ausmachen.

(B) *Ein wesentliches Ziel muss also die Balance zwischen einer effizienten Gestaltung der Ausgaben und einer ausreichenden Ausfinanzierung europäischer Politik sein. Die Finanzen der EU müssen zu einem glaubwürdigen und substanziellen Baustein der neuen Wachstumsstrategie „EU 2020“ werden. Sie müssen nachhaltiges Wachstum generieren, Beschäftigung fördern und wichtige Zukunftsfelder, wie Forschung, Innovation und Energieeffizienz voranbringen. Sie müssten außerdem behilflich sein, die für die Union schädlichen Wettbewerbsunterschiede zu überwinden.*

Die Unwuchten des EU-Haushaltes sind historisch gewachsen und spiegeln schwierige Kompromisse in den letzten Jahrzehnten wider. Ein Großteil der Mittel soll auch in der nächsten Periode in die Gemeinsame Agrarpolitik und die Struktur- und Kohäsionsfonds fließen. Für die Agrarpolitik sind im Jahr 2020 noch immer 33 Prozent des Budgets vorgesehen. Wir werden es also mit einem langsamen Abschmelzen zu tun haben, aber auch 33 Prozent sind für einen Sektor, der keine 3 Pro-

zent der Jahreswirtschaftsleistung ausmacht, noch immer zu viel. (C)

Wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit ernst nehmen und den Mehrjährigen Finanzrahmen als politisches Planungsinstrument gestalten wollen, dann wird sich ein Perspektivwechsel vollziehen müssen: hin zu zukunftsorientierten Haushaltsrubriken, die Wachstum fördern, Innovation und Forschung finanzieren, Bildung ermöglichen, Investitionen in Infrastruktur fördern und nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind innerhalb der Ausgabekategorien Reformschritte zwingend. Im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik hat die SPD-Bundestagsfraktion weitreichende Vorschläge gemacht. Das bisherige Direktzahlungsmodell muss neu strukturiert werden. Zahlungen aus der sogenannten 1. Säule sollten sich auf einen Sockelbetrag konzentrieren, der an die Einhaltung von ökologischen und sozialen Produktionsstandards gekoppelt ist. Die sogenannte 2. Säule ist inhaltlich und finanziell zu einem umfassenden und wirkungsstarken Politikansatz zur integrierten Entwicklung ländlicher Räume auszubauen.

Die Kohäsionspolitik hat erheblich zum Abbau von Disparitäten zwischen den Regionen beigetragen. Die Mittel der Struktur- und Kohäsionspolitik müssen in eine bessere und verbindlichere Abstimmung zwischen der Strategie „Europa 2020“ und der Gemeinsamen Agrarpolitik einbezogen werden. Außerdem müssen wir darüber nachdenken, ob wir angesichts der krisenhaften Entwicklungen in einigen südlichen Mitgliedstaaten die Kofinanzierungsregeln lockern und flexibler gestalten, damit diese Mittel einen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Armutsbekämpfung leisten können. (D)

Der von der Kommission vorgeschlagene Mittelaufwuchs für Bildung, Forschung und Entwicklung wird von meiner Fraktion ausdrücklich unterstützt. Eine angemessene finanzielle Ausstattung von Forschung und Entwicklung ist notwendig, um die enormen Herausforderungen, die vor uns liegen, zu bewältigen.

Die Einnahmen der Europäischen Union orientieren sich bisher an der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Das System der Übertragungen eines bestimmten Anteils des Bruttonationaleinkommens hat sich absolut bewährt. Einer EU-Steuer im Sinne einer eigenen Steuererhebungskompetenz der EU sind rechtliche und politische Hürden gesetzt. Das sage ich unbenommen der Tatsache, dass gegenwärtig niemand eine solche Kompetenzübertragung fordert.

Etwas anderes sind Pläne zu einer Erweiterung der Einnahmequellen. Derartige Überlegungen der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlamentes sollten zumindest geprüft werden, gerade wenn es sich beispielsweise um eine europäische Finanztransaktionssteuer drehen könnte. Mit solchen neuen Einnahmequellen müsste allerdings zwingend eine Rückführung der nationalen Überweisungen sichergestellt werden, um eine Balance in der Belastung der Mitgliedstaaten wahren zu können. Neue Einnahmequellen können zudem nur in Betracht kommen, wenn die Ausga-

Peer Steinbrück

- (A) *benstrukturiert so ausgerichtet wird, wie ich es eben beschrieben habe, also das Budget zu einem Planungsinstrument zukunftsorientierter Politiken entwickelt wird.*

Ich erwarte mit einiger Spannung, wie sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen zu den leidigen Korrekturmechanismen schlagen wird. Der deutsche Rabatt auf den Briten-Rabatt läuft aus und das Prinzip der Beitragsgerechtigkeit könnte auch weiterhin Korrekturmechanismen notwendig machen. Dabei ist aus unserer Sicht ein allgemeiner und deutlich vereinfachter Korrekturmechanismus, der ungerechtfertigten Ungleichgewichten entgegenwirkt, sinnvoller als Sonderregelungen für bestimmte Mitgliedstaaten. Bei diesen Gesprächen wünsche ich den deutschen Vertretern eine gute Reise, aber dennoch viel Erfolg.

Zum Schluss: Europa steht an einem Scheideweg, sowohl in der kurzfristigen Bewältigung der Staatsschuldenkrise als auch in der Entwicklung einer langfristigen Vision eines Europas der Zukunft. Mit einem fortschrittlichen und ambitionierten Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 hätten wir einen wichtigen Schritt schon getan. Ich kann daher an die Bundesregierung nur appellieren, Kleinmut und Zaghaftheit für das zentrale europäische Planungsinstrument hintanzustellen und politische Prioritäten des reinen Saldos vorzuziehen. Europa lohnt sich, auch wenn es etwas kostet.

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

- (B) *Lassen Sie mich, kurz bevor ich auf die grundlegenden inhaltlichen Aussagen unseres Koalitionsantrags zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2014 zu sprechen komme, auf das Verfahren und die frühzeitige Beratung und Verabschiedung des Antrages eingehen.*

Auch mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Euro-Rettungsschirm, in der das Gericht unterstreicht, dass der Bundestag bei wesentlichen haushaltspolitischen Fragen der Einnahmen und Ausgaben nicht in die Rolle des bloßen Nachvollzugs gedrängt werden darf, freut es mich besonders, dass dem EU-Haushalt und seiner strategischen Neuausrichtung für die kommenden sieben Jahren erstmals in der vergangenen Haushaltswoche Platz in der immer eng getakteten Haushaltsdebatte eingeräumt worden ist. Denn: Auch wenn ein neuer Eigenmittelbeschluss noch de jure der nachträglichen Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf, wissen wir doch alle, dass nach jahrelangen Verhandlungen, nach schwierigster Kompromissuche und dem für Europa auch wichtigen und notwendigen Interessensausgleich zwischen großen und kleinen, neuen und alten, Agrar- und Nicht-Agrarländern ein Nein de facto dann nicht mehr möglich ist.

Umso wichtiger ist es deshalb, dass sich der Deutsche Bundestag frühzeitig in die Verhandlungen einbringt und der Bundesregierung einen klaren Rahmen für ihre Verhandlungen auf europäischer Ebene in diesem frühen Stadium mit auf den Weg gibt. Natürlich muss der Deutsche Bundestag vor seiner abschließenden inhaltlichen Bewertung die Vorlage und Beratung aller Legislativvorschläge für die einzelnen Ausgabenbereiche abwar-

- (C) *ten und sich gegebenenfalls mit thematischen Folgebeschlüssen der Fachausschüsse einbringen. Dem EU-Ausschuss obliegt es, den Rahmen zu setzen und auch divergierende Interessen miteinander zu versöhnen und Prioritätensetzung anzumahnen und vorzuschlagen.*

Als Liberale bekennen wir uns klar und deutlich zu Europa. Wir haben den Ausführungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen, der natürlich auch harte Interessenpolitik mit sich bringt, bewusst vorangestellt, dass Europa Deutschlands Zukunft war und bleibt, dass es Frieden und Sicherheit gewährleistet und dass Europa und sein Binnenmarkt die Grundlage unseres Wohlstandes bleiben.

Die Europäische Union steht nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und gerade im Zusammenhang mit der Schuldenkrise im Euro-Raum vor neuen Aufgaben und schwierigen Herausforderungen. Die Schuldenkrise fordert den Mitgliedstaaten erhebliche, teilweise auch sehr schmerzliche Konsolidierungsmaßnahmen ab. Wir sind deshalb zutiefst überzeugt, dass diese Bemühungen sich auch im EU-Haushalt der kommenden Jahre widerspiegeln müssen. Wir müssen neue Herausforderungen auch ohne eine erweiterte Budgetobergrenze finanzieren. Neue Aufgaben müssen vor allem durch Umschichtungen und nicht durch Erhöhung des Haushalts finanziert werden. Die EU benötigt nicht zwangsläufig mehr Geld, wenn zunächst die Spielräume genutzt werden, das vorhandene Geld effizienter auszugeben. Daher treten wir für eine Begrenzung der Ausgaben der EU auf 1 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens, BNE, ein.

- (D) *Dies hat nichts mit mangelnder europäischer Solidarität oder einer Abkehr von Europa zu tun, im Gegenteil: Wir Liberale wollen die EU zukunftsfähig machen und die Bürger und Steuerzahler dabei so wenig wie möglich belasten. Nur wenn die EU-Ausgaben derart nach oben begrenzt werden, entsteht der notwendige Druck, bislang wenig effizient ausgegebene Mittel einzusparen und sukzessive in Zukunftsbereiche umzuschichten. Wir wollen mehr Europa, wo es den Bürgern einen echten Mehrwert bringt, zum Beispiel bei transeuropäischen Verkehrsnetzen, der Verbesserung der Zusammenarbeit von Justiz und Polizei, Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik, grenzüberschreitender Bildung, Forschung und Innovation. In der gegenwärtigen Lage müssen alle Ebenen sparen, die lokale und regionale, die nationale und die europäische.*

Aus Sicht der Koalition müssen neben den Prinzipien Subsidiarität und europäischer Mehrwert für die Neuausrichtung des Mehrjährigen Finanzrahmens der Gedanke der europäischen Solidarität und die Europa-2020-Strategie Leitlinien sein. Letzteres ist insbesondere wichtig, da die Beseitigung der mangelhaften Wettbewerbsfähigkeit in einigen Mitgliedstaaten neben dem konsequenten Konsolidierungskurs Grundvoraussetzung ist, die Verschuldungskrise in Europa nachhaltig zu beseitigen.

Zukünftige europäische Förderungen müssen sich klar an diesen Grundsätzen messen lassen, und – das muss auch allen Beteiligten klar sein – jede Förderung

Michael Link (Heilbronn)

- (A) *aus öffentlichen Mitteln sollte im Prinzip degressiv und befristet sein. Wir müssen uns ehrlich fragen: Welchen europäischen Mehrwert und welche Wirkung hat uns diese oder jene Politik gebracht und was bringt diese uns für die Zukunft?*

Natürlich – und das bedingt auch das Wort Degression – dürfen Erfolge bei der Förderung nicht durch plötzliche Brüche gefährdet werden. Deshalb wollen wir beispielsweise im Bereich der Struktur- und Kohäsionspolitik nicht nur Verbindungen zwischen den Kohäsions- und Konvergenzziele sowie dem Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit herstellen, sondern gleichzeitig die Erfolge der Strukturpolitik in Bezug auf die positive wirtschaftliche Entwicklung vieler Regionen dadurch sichern, dass für diejenigen Regionen, die absehbar aus dem Konvergenzziel herausfallen werden, sowie für die aktuellen Phasing-out-Regionen ein Sicherheitsnetz in Höhe von zwei Dritteln der Förderung aus 2007 bis 2013 etabliert wird.

Dies gilt auch für den zweiten sehr großen Posten im EU-Haushalt, dem Agrarbereich. Hier ist das Ziel, einen marktorientierten, wettbewerbsfähigen und umweltverträglichen EU-Agrarsektor zu schaffen, was sich dann auch in einem sinkenden Anteil des Agrarbereichs am Gesamthaushalt widerspiegeln muss. Dieser weitere Reformweg, unter anderem durch den Vollzug der Entkopplung von der Produktionsart auch in allen übrigen EU-Ländern, ist eine wichtige Voraussetzung, um eine Absenkung der Direktzahlung fortzuführen, ohne landwirtschaftliche Betriebe existenziell zu gefährden – wie wir dies auch ausführlich in unserem Antrag dargelegt haben.

- (B) *Leider bleibt mir nicht genügend Zeit, auf jeden Politikbereich ausführlich einzugehen. Ich möchte jedoch unterstreichen, dass für die FDP-Fraktion neben der allgemeinen Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in allen Politikbereichen insbesondere die Stärkung der Innovationskraft der EU als ein Kernelement der Europa-2020-Strategie die Zukunftsfähigkeit Europas sichert. Prioritäre Ziele müssen deshalb Forschung und Entwicklung, Bildung und der Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur sein.*

Uns als bürgerlich-liberale Koalition ist es gerade in Zeiten der notwendigen öffentlichen Haushaltskonsolidierung wichtig zu betonen, dass eine ausschließliche Finanzierung des Netzausbaus mit EU-Haushaltsmitteln aus ordnungspolitischer Sicht nicht die Lösung sein kann und zur Realisierung notwendiger Zukunftsinvestitionen zusätzlich auch privates Kapital mobilisiert werden muss. Bei der Planung und Finanzierung des Ausbaus von Energie- sowie Informations- und Kommunikationstechnologienetzen sind wir zudem der Meinung, dass bis auf wenige bestimmte Ausnahmefälle wie beispielsweise bei der Peripherieproblematik dies Sache der Privatwirtschaft bleiben muss.

Während wir uns als Koalition privatwirtschaftliche Projektanleihen zur Erschließung neuer Finanzierungsquellen für Infrastrukturprojekte unter bestimmten Voraussetzungen – keine Erhöhung der mittel- bis langfristigen Finanzierungslasten der nationalen Haushalte,

- (C) *vollständige Budgetierung der Garantieübernehmerischen im EU-Haushalt und eine strenge Prüfung auf ökonomische Ertragsfähigkeit und Förderungswürdigkeit – vorstellen können, lehnt die FDP die von der Kommission, von der Mehrheit des Europäischen Parlaments, aber auch von den deutschen Sozialdemokraten und Grünen propagierten Euro-Bonds klar ab. Durch Euro-Bonds würde Deutschland gesamtschuldnerisch für sämtliche damit aufgenommenen Kredite anderer Staaten haften müssen. Die infrage kommenden Staaten haben zur Zeit insgesamt circa 3 900 Milliarden Euro Schulden. Ungefähr 700 bis 800 Milliarden Euro an Schulden dieser Staaten werden alleine 2012 fällig, derselbe Betrag noch einmal 2013. Angesichts der Dimension der Verschuldung dieser Staaten wäre das selbst für ein wirtschaftlich starkes Land wie Deutschland nicht mehr zu schultern. Unser gesamter Bundeshaushalt beträgt circa 300 Milliarden Euro. Würden Euro-Bonds eingeführt, würden sie die wenigen verbliebenen AAA-Staaten vollends in den Schuldensumpf hineinziehen.*

Euro-Bonds wären damit keineswegs eine Lösung der Verschuldungskrise, sondern ein Herumkurieren an Symptomen und würden das Problem nur verschleppen. Die Diskussion um Euro-Bonds lenkt von der eigentlichen Aufgabe ab: Die Anleger werden den hochverschuldeten Staaten nämlich erst dann wieder Geld zu niedrigeren Zinsen leihen, wenn sie davon überzeugt sind, dass diese Staaten ihre eigenen Hausaufgaben gemacht haben. Die verschuldeten Staaten müssen die notwendigen und zum Teil schmerzhaften Reformen umsetzen, damit sich ihre Arbeitsproduktivität wieder erhöht, damit sie konkurrenzfähiger werden, damit die Steuer-moral wieder steigt und diese Staaten wieder ausreichend eigene Einnahmen generieren, um ihre Schulden wieder selbst bedienen und auch zurückzahlen zu können. Staaten wie Lettland oder Irland zeigen, wie das geht.

(D) *Nach Bürgen wie den Steuerzahlern der wenigen verbliebenen AAA-Staaten zu rufen, erscheint einigen natürlich als der bequemere Weg. Dieser führt aber alle in den Abgrund untragbarer Überschuldung. Eine Sozialisierung der Haftung führt keineswegs zu mehr Ausgandisziplin der Schuldner. In einigen südeuropäischen Staaten war das sehr schön zu beobachten: Der Reform-eifer der Regierung stieg linear mit dem Ansteigen der Zinsen und fiel auch wieder, sobald Finanzhilfe von außen geleistet wurde.*

Euro-Bonds dienen dazu, die Zinsen, die Schuldensünder zahlen müssen, abzusenken. Damit nehmen sie zugleich den Druck, wirksame Reformen vor Ort umzusetzen. Zugleich steigen die Zinsen, die die Geberländer für ihre Staatsschulden zahlen müssen. Damit stiege auch die Zinslast von Bund, Ländern und Kommunen in Deutschland. Zudem halten wir Euro-Bonds für verfassungswidrig, da sie einen unbegrenzten Eingriff in das deutsche Budgetrecht bedeuten und damit das Demokratiegebot verletzt würde. Dass SPD, Grüne und Linkspartei immer wieder solche Euro-Bonds fordern und versuchen, die Bundesregierung als antieuropäisch hinzustellen, ist ein trauriges Zeichen von Verantwortungslosigkeit dieser Opposition.

Michael Link (Heilbronn)

- (A) *Durch diese anderen privatwirtschaftlichen Projektanleihen verbliebe zudem noch mehr Spielraum im Haushalt, den neu geschaffenen institutionellen Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und das bisher notorisch unterfinanzierte Auswärtige Handeln und die Außeninstrumente der EU angemessen auszustatten.*

Auch die künftige EU-Finanzierung im Bereich der Innen- und Rechtspolitik muss angemessen im Hinblick auf die Aufgaben und Herausforderungen angepasst werden. Dazu gehört für uns Liberale beispielsweise bei der Bekämpfung der illegalen Migration auch die angemessene finanzielle Ausstattung bei der Unterstützung von Drittstaaten bei der Reintegration und der Umsetzung von EU-Rücknahmeabkommen unter Berücksichtigung der national und international geltenden Flüchtlings- und Menschenrechtsvorschriften.

Während ich bisher schwerpunktmäßig die Ausgabenstruktur dargestellt habe, lassen Sie mich noch kurz auf wichtige Prinzipien der Struktur des Haushalts und vor allem auf die Frage eingehen, wie die Finanzierung dieser Ausgaben gesichert werden soll.

Als Liberale setzen wir uns mit Blick auf das Gebot der Haushaltsklarheit und -wahrheit sowie der parlamentarischen Kontrolle seit langem für die notwendige Überführung aller Fonds außerhalb des Finanzrahmens ein. Deshalb lehnen wir ebenfalls die nun von der Kommission vorgeschlagenen neuen Nebenhaushalte klar ab und fordern eine Struktur, die Transparenz und eine lückenlose Prüfungskontrolle der EU-Gelder bietet.

- (B) *Lassen Sie mich nun zu meinem letzten, aber nicht minder wichtigen Punkt kommen, zu der Frage der Finanzierung der Europäischen Union.*

Die von der EU-Kommission angestrebte Einführung von EU-Steuern – namentlich einer EU-Finanztransaktionssteuer und einer EU-Mehrwertsteuer – wird auch von der hiesigen Grünenopposition herzlich willkommen geheißen. EU-Steuern widersprechen aber klar ordnungspolitischer Vernunft. Der positive Prüfauftrag der Sozialdemokraten zur Überwindung rechtlicher und politischer Hürden zur Einführung einer EU-Steuer im Sinne einer eigenen Steuererhebungscompetenz verwundert deshalb nicht.

Diese Einführung würde weder Transparenz noch Akzeptanz bei den Bürgern schaffen und würde aufgrund der mangelnden Planbarkeit von Steuereinnahmen die existierende Nullverschuldung des EU-Haushalts gefährden. Die Zusage der Kommission unter anderem in Person des Kommissars Lewandowski und die blauäugigen Aussagen von Grünen und SPD, die Zahlungen der Mitgliedstaaten dann um die Einnahmen aus künftigen Steuern zu reduzieren, hören sich zwar gut an, werden sich aber in der Praxis nicht realisieren lassen. Denn Aufkommensneutralität ist bei einem Übergang zu einem steuerfinanzierten System nicht sicherzustellen. Diese Forderung greift ins Leere, da die Nationalstaaten weder politisch noch rechtlich gezwungen werden können, eine Absenkung um bestimmte Prozentpunkte durchzusetzen.

- (C) *Dagegen gewährleistete die Praxis der Eigenmittelfinanzierung der EU durch vertraglich festgelegte Zahlungen der Mitgliedstaaten die Verklammerung von europäischen und mitgliedstaatlichen Haushaltsprioritäten. Diese Klammer würde durch die Steuerpläne der Kommission gekappt.*

Unter dem Gesichtspunkt der Beitragsgerechtigkeit sollte das Bruttonationaleinkommen als Indikator für die Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedstaaten zentraler Pfeiler der gemeinsamen EU-Finanzierung bleiben, kombiniert mit einem allgemeinen Korrekturmechanismus, um die noch bestehenden Verzerrungen auf der Ausgabenseite so zu kompensieren, dass eine faire Lastenteilung gemäß dem Beschluss von Fontainebleau zwischen den großen Nettozahlern gewährleistet ist, wie wir das auch im Antrag ausgeführt haben. Denn nur auf diese Weise lassen sich die Ansprüche an ein gerechtes, einfaches, sicheres, sparsames und nachhaltiges Finanzierungssystem erfüllen.

Die Mehrheit des Deutschen Bundestages, die bürgerlich-liberale Koalition, lehnt deshalb klar die Einführung einer europäischen Steuer ab – unabhängig davon, ob direkt oder indirekt erhoben. Neben weiteren negativen Auswirkungen, die wir ebenfalls im Antrag herausgearbeitet haben, ist anzuführen, dass diese unweigerlich zu neuen Verzerrungen führen, einzelne Steuerzahler übermäßig zur Finanzierung der EU heranziehen und die gebotene Transparenz verletzen würde.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

- (D) *Der Koalitionsantrag zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen, MFR, verdeutlicht immerhin: Der Wahnsinn hat Methode. Allerdings ist methodisches Agieren in diesem Zusammenhang ein äußerst schwacher Trost. Ich bezeichne es als schlicht irrwitzig, wenn demokratisch gewählte Politiker eine Politik betreiben, die sich nicht an den Interessen der sie zumindest zum Zeitpunkt der Wahl tragenden Mehrheit orientiert. Statt Regeln für das Gemeinwesen zu setzen, machen Sie sich angeblich alternativlose Forderungen der Konzern- und Bankwirtschaft zu eigen. Methode hat der Wahnsinn insofern, als die Instrumentalisierung des Rechts und die Unterwerfung des Sozialen unter einen Wirtschaftsliberalismus, der in Deutschland bereits als Konjunkturbremse „erfolgreich“ mit der Agenda-Politik praktiziert wurde, auf europäischer Ebene weitergeschrieben werden soll.*

Die Pervertierung des Solidargedankens, wonach jeder seine Hausaufgaben zu machen habe und sich nicht nur auf die fleißigen und sparsamen Nettozahler verlassen könne, was vor allem Deutschland meint, drückt sich im erklärten Ziel von Bundesregierung und Koalition aus, den nächsten MFR auf 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu deckeln. Diese vergiftete Solidarität gibt sich dann gern noch den Anschein von Verantwortungsbewusstsein gegenüber künftigen Generationen, denen sonst nur Schulden blieben. Die Behauptung, dies wäre auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, ist nämlich falsch; denn die Verteilung erfolgt nicht zwischen den Generationen, sondern innerhalb einer Generation. Jedem Schuldner steht ein Gläubiger gegenüber.

Dr. Diether Dehm

- (A) *Nicht nur Schulden, auch Forderungen werden vererbt. Diese Schuldner sind auch nicht sakrosankt für die Heranziehung zur Krisenbezahlung.*

Die kenntnislose und ökonomisch falsche Gleichsetzung von überschuldeten Staats- mit schwäbischen Privathaushalten, die dem politischen Pennälerlevel der „Bild“-Zeitung entspricht, und die daran geknüpfte Deckelungsforderung ist ja nichts anderes als Austeritätspolitik – auch so ein Euphemismus: Verarmungspolitik wäre treffender, aber auch aufscheuchender. Die Auswirkungen der 1-Prozent-Forderung kann man exemplarisch bereits an der Einigung auf den EU-Haushalt 2012 beobachten: Mit einer unterhalb der Inflation liegenden Steigerungsrate handelt es sich de facto um eine Schrumpfung. Dann muss die Politik natürlich Farbe bekennen und sagen, wo sie kürzen will.

Die verordnete Methode ist bekannt: So wie in den krisengeschüttelten Mitgliedstaaten die Realwirtschaften geschliffen und die Sozialsysteme gleich ganz zerstört werden, zeichnet sich auch in den Ausgabenrubriken des MFR eine ähnliche Schwerpunktsetzung ab. Beim Instrument für „Heranführungshilfe“, also der Hilfe für Beitrittskandidaten, wird gekürzt, bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hingegen nicht.

Im Agrarsektor, dem neben der Kohäsionspolitik größten Posten im Haushalt, sind gerade einmal 2 bis 3 Prozent aller Beschäftigten in der EU tätig. Und diese ist nicht einem Dreiklang aus sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien verpflichtet, sondern die Kommission redet dezidiert von Ressourceneffizienz und der Koalitionsantrag will gleich die Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktionsart. Das nützt vielleicht einigen wenigen Großagrariern, aber gewiss nicht der Mehrheit der EU-Bürger. Hier haben wir es in der Tat mit einer Frage der Generationengerechtigkeit zu tun.

- (B) *Auch die geplante Beteiligung privater Investoren am Infrastrukturausbau ist sowohl aus grundsätzlichen Erwägungen als auch ganz praktischen Erfahrungen nur als wahnsinnig zu bezeichnen. Mobilität ist ein öffentliches Gut und kein Spekulationssektor.*

Auch die geplante Beteiligung privater Investoren am Infrastrukturausbau ist sowohl aus grundsätzlichen Erwägungen als auch ganz praktischen Erfahrungen nur als wahnsinnig zu bezeichnen. Mobilität ist ein öffentliches Gut und kein Spekulationssektor.

Wenn der stellvertretende Generaldirektor für Forschung und Innovation der EU-Kommission, Rudolf Strohmeier, erklärt, dass der Forschungsetat auf 80 Milliarden Euro aufgestockt werden soll, klingt das ja erst mal ganz nett. Die Kommission will aber künftig nicht nur Forschungsprogramme fördern, sondern „die gesamte Innovationskette berücksichtigen“. Das heißt übersetzt, dass nicht mehr nur die Wissenschaft, sondern auch die Industrie die EU-Forschungsthemen definieren wird.

Gespart werden soll hingegen in dem Bereich, der sich direkt auf die Realwirtschaft und die Lebenswirklichkeit der Menschen auswirkt – die Kohäsionspolitik –, und das, obwohl doch die Kommission selbst bekennt, dass die Armut in Europa ein „untragbares Maß“ – unerträglich ist es im Übrigen auch – erreicht hat. Ist die Konditionierung der Mittelvergabe auf wirtschaftliche

und institutionelle Reformen bereits demokratisch äußerst fragwürdig, so sind die Pläne zur Umstellung auf revolvierende Fonds – deren Ressourcen müssen aus dem Erlös der damit zuvor finanzierten Projekte aufgefüllt werden – entlarvend. Das heißt nämlich im Umkehrschluss, dass, wenn sich Armutsbekämpfung nicht rentiert, sie einfach unterbleibt! Mit den anvisierten finanziellen Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts schließt sich der Kreis im Sinne der eingangs kritisierten und vor allem auch wirtschaftspolitisch unsinnigen Austeritätspolitik. Wer konkreten Anschauungsunterricht hierfür benötigt, richte seinen Blick nach Griechenland, Portugal oder Spanien – diese Länder kommen aus dem Teufelskreis von durch die Finanzmärkte in die Höhe getriebener Verschuldung und verordneter Austeritätspolitik nicht mehr heraus. Das nämlich versteht die Bundesregierung unter Solidarität: Nicht der Starke helfe dem Schwachen, sondern der Schwache helfe sich doch gefälligst selbst.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

In der Diskussion über den Haushalt der Europäischen Union können wir die aktuelle Krise nicht ausklammern. Wir müssen den künftigen EU-Finanzrahmen als Möglichkeit begreifen, die aktuelle Krise zu bekämpfen und künftigen Krisen vorzubeugen. Wir brauchen kein europäisches Sparschwein, wir brauchen eine Antwort auf die Krise. Das muss die Maxime für die anstehenden Verhandlungen sein.

Der aktuelle Finanzrahmen, der die EU-Haushalte von 2007 bis 2013 regelt, umfasst 1,12 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU. Das ist der Status quo. Die Koalition schreibt jetzt in ihrem Antrag, dass sie den künftigen Haushalt auf 1 Prozent der Wirtschaftsleistung begrenzen will. Da können Sie ruhig ehrlich sein: Ein Deckel bei 1 Prozent bedeutet eine drastische Kürzung im Vergleich zu heute, eine Kürzung um gut 10 Prozent. Wo Sie kürzen wollen, sagen Sie aber nicht. Nein, es kommt noch besser: Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik beibehalten, Strukturfonds stärken, Prioritäten bei Wettbewerbsfähigkeit, Forschung und Entwicklung, Bildung und so weiter. Wie wollen Sie denn da auf 1 Prozent kommen? Indem Sie am Beamtenstatut rütteln? Dazu passt, dass die Bundesregierung überhaupt keine Idee hat, wie denn ein EU-Haushalt nach einer Kürzung auf 1 Prozent aussehen soll. Ein entsprechender Vorschlag sei von den einschlägigen Ministerien abgelehnt worden, eine gemeinsame Position nicht in Sicht. Ich freue mich, dass Herr Hintze das gestern so offen im EU-Ausschuss zugegeben hat. Denken Sie daran: Die Rechnung muss am Ende auch aufgehen.

Ich habe schon gesagt: Ein EU-Sparschwein ist der falsche Weg. Was wir brauchen, ist eine Antwort auf die Krise. Wir wollen daher an einem Umfang von 1,12 Prozent der Wirtschaftsleistung auch in Zukunft festhalten. Europa braucht dieses Geld, um seine Aufgaben und die notwendigen Prioritäten auch erfüllen zu können. Wir sagen aber auch ganz klar: Eine Erhöhung kommt zurzeit nicht infrage. Die Belastungen der Krise sind für viele nationale Haushalte einfach zu hoch. Deswegen

Manuel Sarrazin

- (A) *müssen EU-Gelder sinnvoller, zielgenauer und effizienter eingesetzt werden. Wir müssen einen Mehrwert bei gleichbleibendem Umfang schaffen.*

Neben der Höhe unterscheidet sich unser Antrag auch in der Frage einer EU-Steuer. Meine Kollegin hat diesen Punkt in der ersten Lesung bereits ausführlich erläutert. Daher nur so viel: Wir wollen die Finanztransaktionssteuer als echte EU-Steuer bei gleichzeitiger Zurückführung der Beiträge der Mitgliedstaaten. Wir wollen keine zusätzlichen Einnahmen für die EU. Das ist auch nicht der Vorschlag der Kommission. Die Koalition sollte auch damit aufhören, dieses Märchen immer wieder zu erzählen. Die Finanztransaktionssteuer ist eine unserer Antworten auf die Krise: Wir beteiligen einen Bereich, der die Krise mit verursacht hat. Außerdem setzen wir in den Mitgliedstaaten Mittel für dringend notwendige Investitionen frei.

Es geht aber auch darum, auf der Ausgabenseite eine Antwort auf die Krise zu finden. Ich möchte das an einem Beispiel zeigen: Eine Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt prognostiziert, dass erneuerbare Energien 2050 in Griechenland 144 Prozent des Strombedarfs abdecken können. Im Fall von Spanien sind es sogar 473 Prozent. Ähnlich sieht es bei Portugal und Irland aus. Wir stehen also heute vor der Entscheidung, ob wir weiterhin jedes Jahr Milliardenbeträge für Energieimporte ausgeben wollen oder ob wir das Potenzial nutzen, das in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland steckt. Ich finde, wir sollten das Potenzial nutzen und Energie als den Exportschlager erkennen, mit dem Länder wie Griechenland ihre Handelsbilanzdefizite zu- rückfahren können.

- (B)

Gleichzeitig wird in Brüssel gerade über einen EU-Haushalt 2012 verhandelt, der 1,3 Milliarden Euro für den Nuklearsektor vorsieht. Für Windenergie bleiben unterm Strich 24 Millionen. Noch einmal zum Mitschreiben: 1,3 Milliarden für den Nuklearsektor, 24 Millionen für Windenergie. Das können und dürfen wir uns in Zukunft nicht mehr leisten. Da müssen wir radikal umsteuern. Ein Großteil der 1,3 Milliarden geht für das Kernfusionsprojekt ITER drauf, ein Projekt, das uns frühestens 2050 Energie liefern wird – wenn überhaupt. Wir wollen dieses Projekt daher auf Eis legen, um das frei werdende Geld sinnvoller einsetzen zu können.

Zu den wichtigen Aufgaben für den EU-Haushalt ab 2014 zählen aus unserer Sicht vor allem Forschung und Entwicklung und die Realisierung des Green New Deals auf europäischer Ebene. Neben der Förderung der erneuerbaren Energien zählt vor allem der Ausbau des europäischen Stromnetzes dazu. Die EU muss vor allem bei grenzüberschreitenden Stromnetzen die notwendigen Anreize und Impulse setzen, um so die Voraussetzung für eine Europäische Gemeinschaft für erneuerbare Energien zu schaffen.

Für die Bewältigung der wichtigen Zukunftsaufgaben, die wir in unserem Antrag noch ausführlicher ausführen, müssen vor allem die beiden großen Ausgabenblöcke Strukturpolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik ihren Beitrag leisten.

(C) *Neben der inhaltlichen Umsteuerung muss der Haushalt der EU aber auch auf technischer Seite eine Antwort auf die Krise finden. Die EU-Kommission hat bereits vorgeschlagen, die Kofinanzierungsanteile für Mitgliedstaaten, die Finanzhilfen erhalten, zeitweise abzusenken. Das finden wir richtig und muss im Finanzrahmen ab 2014 fortgeführt werden. Mit dieser Maßnahme kann den teilweise geringen Abrufraten der Struktur Gelder entgegnet werden. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass zum Beispiel Griechenland einen Großteil seiner Gelder noch nicht abgerufen hat, weil dafür schlichtweg die administrativen Kapazitäten fehlen. Diesem Problem muss sich die Kommission in Zukunft stellen: Sie muss die Mitgliedstaaten in die Lage versetzen, Gelder abrufen zu können. Im Extremfall muss sie auf Bitten eines Staates auch entsprechende administrative Hilfe zur Verfügung stellen.*

Das ist aus unserer Sicht die richtige und notwendige Antwort auf die jetzige Krise: Erstens wollen wir mit der Finanztransaktionssteuer die Mitverursacher der Krise beteiligen und gleichzeitig Gelder für notwendige Investitionen in den Mitgliedstaaten frei machen. Zweitens müssen wir den Haushalt auf die skizzierten Aufgaben ausrichten. Drittens müssen wir sicherstellen, dass die vorhandenen Mittel auch abgerufen und effizient und sinnvoll eingesetzt werden.

Wenn Europa das schafft, dann haben wir ab 2014 einen starken EU-Haushalt für eine zukunftsfähige Europäische Union. Wir werden sie auf diesem Weg unterstützen.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf Drucksache 17/8013.

Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung die Annahme des Antrags der Fraktionen CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/7767 mit dem Titel „Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014–2020 – Ein strategischer Rahmen für nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik mit europäischem Mehrwert“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Die drei Oppositionsfraktionen. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Unter Nr. 2 empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/7808 mit dem Titel „Für einen progressiven europäischen Haushalt – Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014–2020“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die Linksfraktion. Gegenprobe! – Sozialdemokraten. Enthaltungen? – Bündnis 90/Die Grünen. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Zusatzpunkt 6: Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/7952 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(D)